

Absender:

Fraktion BIBS im Rat der Stadt

22-20240

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Dringlichkeitsantrag: Keine Kriminalisierung von Klimaaktivisten:
Braunschweiger Bezirksratsmitglied betroffen von den
Hausdurchsuchungen gegen die Gruppierung "Letzte Generation".**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.12.2022

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Status

20.12.2022

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Braunschweig spricht sich gegen die Kriminalisierung von Klimaaktivisten aus, und bittet die zuständigen Behörden, bei ihrem Vorgehen die Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf die wissenschaftlich belegte akute Gefahr der Nichteinhaltung der völkerrechtlich vereinbarten Klimaziele zu wahren.

Sachverhalt:

Ein Bezirksratsmitglied der Stadt Braunschweig ist betroffen von den am 13.12. von verschiedenen Landeskriminalämtern durchgeführten Hausdurchsuchungen und den Bestrebungen, die Gruppe „Letzte Generation“ dem Verdacht auszusetzen, eine kriminelle Vereinigung zu sein. Wir sehen hier eine Dringlichkeit gegeben, als Rat einen Appell an die zuständigen Behörden auszusprechen, nämlich in dieser Angelegenheit die Verhältnismäßigkeit zu wahren, wenn es in der Sache um das Schicksal der Erde geht.

Anlagen:

keine